

Das Regierungsprogramm
im IV-Standort-Check und
welche Themen 2020
Vorrang haben müssen.



DAS BESTE AUS ZWEI WELTEN FÜR DEN STANDORT?

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



ECONOMICS CORNER
Ist Verzicht die neue
Wirtschafts-Tugend?

Seite 2



AUSBLICK
Wie die EU den Weg zur
Klimaneutralität finanzieren will

Seite 4



WIEN
Wien 2030:
Wirtschaft und Innovation

Seite 10

Verzicht als neue Wirtschafts-Tugend?

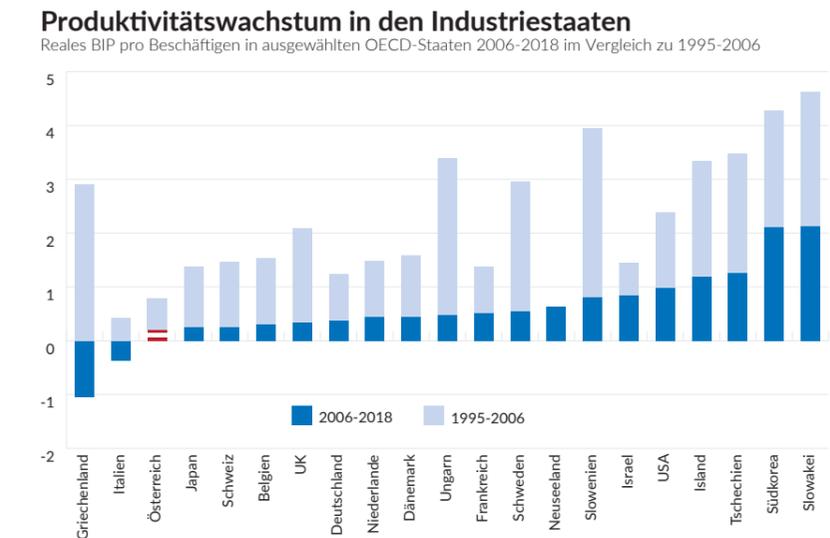
Die Tugend des Verzichts ist wesentlicher Bestandteil des neuen politischen Zeitgeists. Es lohnt sich also, diesen Begriff wirtschaftspolitisch etwas näher zu betrachten.

Österreich hat den dritthöchsten materiellen Wohlstand in der EU, die dritthöchsten Sozialausgaben des Staates pro Kopf und die fünftniedrigste materielle Armut. Es geht den meisten Menschen hierzulande gut und man könnte meinen, in Zukunft im Sinne der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit den Gürtel etwas enger zu schnallen, wäre kein Problem.

Verzicht muss nicht immer Einschränkung bedeuten, sondern kann auch als Turbo verstanden werden.

Kurzfristige Anstrengung...

Das Problem ist jedoch nicht der Wohlstand von heute, sondern die Produktivitätsentwicklung – also die Fähigkeit, diesen Wohlstand auch morgen noch erwirtschaften zu können. Der jüngste OECD-Bericht über den heimischen Wirtschaftsstandort bestätigt, dass sich das Produktivitätswachstum hierzulande in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch verlangsamt hat. In der Dekade nach dem EU-Beitritt hatte



Österreichs Produktivitätswachstum hat sich in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch verlangsamt. Dabei ist Produktivitätsentwicklung entscheidend, um den Wohlstand nachhaltig erwirtschaften zu können.

Österreich noch ein überdurchschnittliches Produktivitätswachstum, im vergangenen Jahrzehnt allerdings nur mehr das sechstniedrigste aller Industriestaaten.

...um längerfristig fit zu sein

Österreich braucht also Strukturreformen – und dafür muss der Begriff „Verzicht“ etwas breiter gefasst werden. Er bedeutet nämlich nicht nur Konsumverzicht, um die Klimaziele zu erreichen, sondern jede Form der Abwägung zwischen dem kurzfristig Angenehmen und dem langfristig Notwendigen. Reform bedeutet immer eine kurzfristige

Anstrengung, um längerfristig wieder fit zu werden. Sämtliche großen Strukturreformen der rot-weiß-roten Geschichte waren von diesem Prinzip geprägt:

- Mit dem Währungsschutzgesetz etwa wurde der Schilling 1947 um das Dreifache abgewertet und damit die langfristige Stabilität unserer Währung abgesichert – obwohl es kurzfristig zu Kaufkraftverlusten der Haushalte geführt hat.
- Gleiches gilt für die Einführung der „Hartwährungspolitik“ in den 1970er-Jahren. Sie hat durch die sogenannte „Hartwährungspeitsche“ eine unglaubliche Disziplinierung

der Kostenspirale gebracht, damit aber den Grundstock für unseren Wohlstand bis zur Euro-Einführung gelegt.

- Auch der Hauptwachstumsmotor Österreichs der vergangenen Jahrzehnte – der EU-Beitritt und die EU-Erweiterung – hat zuerst einen „Produktivitätsschock“ durch die Anpassung an den intensiveren Wettbewerb hervorgerufen. Aber seither tragen die Integrationseffekte fast zwei Drittel unseres jährlichen Potenzialwachstums in Österreich bei.

Alle diese Jahrhundert-Reformen wurden also mit dem Preis eines „short term pains for long term gains“ umgesetzt. Die gesunde Einstellung zur Tugend des Verzichts war Common Sense. Der neue Zeitgeist könnte diese Tugend nun wiederbeleben. Nicht nur im Sinne der Umwelt, sondern auch im Sinne einer anderen Form der Nachhaltigkeit, nämlich der Aufrechterhaltung unserer Produktivkräfte. Konkret: Eine zukunftsorientiertere Abwägung zwischen Bildung und Freizeit, zwischen Arbeit und Pension, zwischen Konsumieren und Investieren oder zwischen Konsolidieren und Verteilen. „Verzicht“ muss nicht immer Einschränkung bedeuten, sondern kann auch als Turbo verstanden werden.

KONTAKT

Clemens Wallner,
Wirtschaftspolitischer Koordinator
der IV: clemens.wallner@iv.at

GASTKOMMENTAR

Industriepolitik muss das Kern-Thema sein

Die türkis-grüne Regierung hat ambitionierte Ziele. Eher ungewollt als proaktiv beabsichtigt, wird sie sich aber bald explizit mit der Frage nach der Zukunft des Industriestandortes Österreich beschäftigen müssen. Die Antwort darauf ist nicht nur entscheidend für die Zukunft der Regierung, sondern auch für die Zukunft des Standortes Österreich.

Die türkis-grüne Regierung ist die schlechteste von allen Koalitionen – es gibt aber keine bessere. Schließlich befinden sich SPÖ und FPÖ in einem Prozess der internen Neuorientierung. Deswegen ist vorerst noch ungewiss und mit Regierungsverantwortung nicht unbedingt zwingend kompatibel.

So fielen die Reaktionen auf Türkis-Grün aus der Wirtschaft überwiegend positiv aus. Schließlich plant die Regierung die Senkung der Steuerlast (und das bei flauem Wachstum), die Gründung von Unternehmen soll

erleichtert, der Fachkräftemangel behoben werden. Nicht zuletzt will man die Energiewende schaffen. Nun ist ein Regierungsprogramm immer eine Wohlfühl-Fibel, deren Praxistauglichkeit erst bei Realisierung offensichtlich wird. Abhängen wird das von zwei größeren Vorhaben der Regierung: der Ökosozialen Steuerreform und der Standortstrategie Österreich 2040.

Bei der Ökosozialen Steuerreform werden sich die Regierungspartner darauf verständigen müssen, in welchem Ausmaß Österreich bei einem CO₂-Ausstoß von 0,2 Prozent des globalen Emissionsvolumens überhaupt nationale Alleingänge exekutiert, da bereits die EU-Klimaschutzziele die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Sozialstandortes Europa stark herausfordern. Allein die Schwerindustrie ist aufgrund der Vorgabe, bis 2050 zu 100 Prozent CO₂-neutral produzieren zu müssen, schon jetzt massivem Druck ausgesetzt, der dramatische Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zur Folge haben wird. Die Hoffnung, dass durch den EU-Green Deal eine Art Öko-Industrie neue Jobs schafft, darf zudem als vage bezeichnet werden.

Gut möglich also, dass die Ausarbeitung der Standortstrategie Österreich 2040 sehr bald die Frage nach einer zukunftsweisenden Industriepolitik aufwerfen wird. Denn die Industrie ist die harte Währung einer Volkswirtschaft. Und Österreich zählt noch immer zum Industriekern Europas.

„Die Industrie ist die harte Währung einer Volkswirtschaft.“

Der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung beträgt 22,1 Prozent (EU-Durchschnitt: 19,1 Prozent). Berücksichtigt man noch die vor- und nachgelagerten Sektoren, so umfasst der sogenannte servointerindustrielle Sektor in Österreich 2,5 Millionen Arbeitsplätze (das ist mehr als jeder zweite Job) und eine Wertschöpfung im Ausmaß von über 180 Milliarden Euro – das entspricht mehr als 56 Prozent der gesamten Wertschöpfung des Landes.

Daraus resultieren für die neue Regierung folgende Handlungsanleitungen. Erstens: Industriepolitik darf nicht nachrangig, sondern muss als Kernprojekt betrieben werden. Erst in weiterer Folge kann daraus eine allgemeine Wirtschaftspolitik abgeleitet werden.

Zweitens: Industriepolitik muss Synergien beachten. Umwelt-, Wettbewerbs-, Bildungs- und Sozialpolitik sind nur dann wirksam, wenn sie mit der Industriepolitik in einer gemeinsamen Strategie geplant werden.

Drittens: Es braucht mehr Liberalismus, um den Sozialstaat zu sichern. Nur eine prosperierende Industrie kann Populismus verhindern, der seine diabolische Energie aus Massenarbeitslosigkeit und Perspektivenlosigkeit bezieht. Weder das Verhindern von internationalen Handelsabkommen noch das Schließen von Grenzen schaffen Arbeitsplätze.

Fazit: Nicht nur die Zukunft dieser Koalition, sondern auch die Zukunft des Standortes Österreich wird davon abhängen, ob Türkis-Grün in der Lage ist, eine visionäre Industriepolitik zu betreiben.



Wolfgang Unterhuber leitet das Wirtschaftsressort des „Kurier“

Hohe Erwartungen – gute Chancen

Viele positive Maßnahmen finden sich im Regierungsprogramm. Nun gilt es umzusetzen – dazu gibt es nicht nur für die Koalitionspartner, sondern auch für den Standort Österreich keine Alternativen.

Die Stimmung ist gut. Das ist gegenüber einer neuen Bundesregierung in Österreich nicht die Regel und daher bemerkenswert. Nicht nur Medien, sondern auch Bevölkerung zeigen sich gegenüber der türkis-grünen Regierung optimistisch und erwartungsvoll. Dass diese Haltung stark verbreitet scheint, ist positiv.

Ob sie berechtigt ist, wird sich in den kommenden Monaten entscheiden. Dann nämlich, wenn einzelne Vorhaben und Maßnahmen in den Mühen der tagespolitischen Ebene umgesetzt werden müssen. Für den Standort und auch für die beiden Koalitionspartner wäre dies jedenfalls angesichts der nicht nur für die Industrie herausfordernden nächsten Monate und Jahre notwendig.

Schon 2019 war von einer deutlichen Konjunkturabschwächung geprägt, die uns voraussichtlich noch längere Zeit beschäftigen wird. Ökonomen gehen davon aus, dass der heimischen Industrie eine längere Stagnationsphase bevorsteht. Die konjunkturelle Schwäche in der Eurozone und die wirtschaftspolitische Unsicherheit in der deutschen Wirtschaft sind unter anderem Gründe dafür, dass zumindest in den kommenden beiden Jahren mit einer unterdurchschnittlichen Dynamik in Österreich zu rechnen ist. Verschärft wird die aktuelle wirtschaftspolitische Unsicherheit durch internationale Instabilitäten: Eine Wiederauflage der eingedämmten Handelsstreitigkeiten oder militärische Konflikte im Nahen Osten schweben als Damoklesschwert über der konjunkturellen Entwicklung.

Unsere Industrie erwirtschaftet mehr als die Hälfte ihres Umsatzes im Ausland. Rund 1,7 Mio. Arbeitsplätze hängen am Erfolg heimischer Unternehmen und ihrer Beschäftigten auf den internationalen Märkten. Und natürlich auch zentrale soziale Errungenschaften, wie beispielsweise Pensionen, Gesundheitsversorgung oder Schulen.

Stabile, wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen und erfolgreiche Unternehmen mit ihren Beschäftigten sind daher die unverzichtbare Basis für unsere hohe Lebensqualität, den allgemeinen Wohlstand, soziale Sicherheit und gelebten Klimaschutz in unserem Land. Dieser Basis muss sich die neue Regierung mit ganzer Kraft widmen.

Inhaltlich hat das Regierungsprogramm gute und richtige Ansätze zu bieten. Jetzt geht es um die umsichtige und kluge Umsetzung der zahlreichen Vorhaben. Wie gesagt: Die Erwartungen sind hoch, die Chancen stehen gut – let's do it!

Ihr



Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



„Europa tut zu wenig, um bei Schlüsseltechnologien mit den USA und Asien mithalten zu können. Man braucht sich nur die Ambitionen im Bereich der Mikroelektronik anzusehen. Das ist beschämend.“

Andreas Gerstenmayer,
Vorstandsvorsitzender AT&S AG



„Damit der Green Deal erfolgreich sein kann, muss er ein ‚Fair Deal‘ werden – fair für die Gesellschaft, für die Umwelt, für die Wirtschaft und insbesondere für die Industrie.“

Peter Koren,
IV-Vize-Generalsekretär



„Es wird Verzicht und neue Technologien brauchen. Ich bin davon überzeugt, dass wir auch eine liberale Marktwirtschaft benötigen, denn sie macht überhaupt erst Innovation möglich.“

Georg Schöppl,
Vorstandsmitglied
Österreichische Bundesforste AG

GRÜNE
UNTERNEHMEN

AKTUELLES IN KÜRZE

POSTING DES MONATS



AUF EINEN BLICK

Wie das neue IV-Programm „Young Leaders Circle“ dazu beiträgt, junge Führungskräfte zu entwickeln, lesen Sie

auf Seite 5.

Wird der konjunkturelle Abwärtstrend schwächer? Die Ergebnisse des aktuellen IV-Konjunkturbarometers finden Sie

auf Seite 5.

Eine Marke soll Österreichs Position in der Welt als attraktives Ziel für Fachkräfte, Investitionen und internationale Unternehmen verbessern. Mehr dazu

auf Seite 8.

Wie die Junge Industrie OÖ Studierende dabei unterstützt, richtige Entscheidungen zu treffen, lesen Sie

auf Seite 9.

ZAHL DES MONATS

80%

der österreichischen Industrieemissionen sind bereits heute innerhalb des EU-Emissionshandelssystems erfasst. Die Industrie leistet seit vielen Jahren ihren Beitrag, was CO₂-Reduktion betrifft. Für die IV ist daher klar: Etwaige kommende Maßnahmen müssen das berücksichtigen und dürfen daher jedenfalls nicht zu einer Mehrfachbelastung der heimischen Unternehmen führen. Außerdem muss wirksame Klimapolitik auch außerhalb Europas stattfinden: Denn während sich Chinas CO₂-Ausstoß pro Kopf seit 2000 von 2,86 auf 7,95 Tonnen beinahe verdreifacht hat, ist der Ausstoß in der EU von 8,46 auf 6,78 Tonnen zurückgegangen. Zum Vergleich: 16,14 Tonnen CO₂ stößt ein US-Amerikaner im Schnitt aus.

Wie die EU den Weg zur Klimaneutralität finanzieren will

Mit einem riesigen Investitionsprogramm will die EU-Kommission bis 2030 eine Billion Euro in die Klimawende pumpen. Eine Analyse des IV-Büros Brüssel zeigt, wie dies gelingen soll.



Die EU Kommission hat im Jänner ihren Investitionsplan für ein nachhaltiges Europa vorgelegt. Für die nächsten 10 Jahre ergibt sich ein Finanzierungsbedarf von einer Billion Euro für den „European Green Deal“, der die EU bis 2050 klimaneutral machen soll.

Finanzieren möchte die Kommission dies mit fünf Instrumenten: Mehr als eine halbe Billion Euro soll das mehrjährige EU-Budget stemmen, das aktuell verhandelt wird. Weitere 114 Mrd. Euro sollen die EU-Länder durch kofinanzierte Programme beitragen. Rund 25 Mrd. Euro soll der Innovations- und Modernisierungsfonds liefern, der sich aus dem Handel mit Emissionszertifikaten speist. Der ehemalige Juncker-Fonds (InvestEU-Fonds) soll 279 Mrd. Euro an privaten und öffentlichen Geldern für nachhaltige Vorhaben mobilisieren. Davon sollen 4,6 Mrd. Euro direkt aus dem EU-Budget kommen. Schließlich soll ein neuer „Mechanismus für

einen fairen Wandel“ 143 Mrd. Euro über die nächsten 10 Jahre mobilisieren. Bei den letzten beiden Instrumenten rechnet die Kommission mit hohen Hebeleffekten von privatem und öffentlichem Kapital.

Neues Leitsystem zielt auf Nachhaltigkeit ab

Für die Vergabekriterien des InvestEU-Fonds, dessen Finanzpartner (z.B. Europäische Investitionsbank) sowie teilnehmende private Investoren soll künftig die „EU-Taxonomie für nachhaltige Investitionen“ als Modell dienen. Dabei handelt es sich um ein neues europäisches Leitsystem, mit dem Finanzprodukte und Wirtschaftstätigkeiten auf ihre Nachhaltigkeit bewertet werden. Konkret geht es darum, ob Investitionen etwa zu Klimaschutz, Abfallvermeidung oder dem Übergang zur Kreislaufwirtschaft beitragen. Die Kommission möchte zukünftig diese Taxonomie-Bestimmungen auch auf den öffentlichen Sektor ausweiten und die Non-Financial Reporting-Richtlinie

überarbeiten. Eine erweiterte Strategie dazu soll bis Herbst 2020 vorliegen.

Der „Mechanismus für einen fairen Wandel“ soll Regionen unterstützen, auf die sich der Übergang hin zur Klimaneutralität besonders auswirkt. Dieser Fonds soll allen EU-Ländern zugutekommen. Für Österreich sind 53 Mio. Euro vorgesehen. Als größter Profiteur gilt Polen, das rund 80 Prozent seines Stroms aus Kohle produziert und rund 2 Mrd. Euro in Aussicht gestellt bekommen hat; im Gegensatz dazu endet heuer in Österreich die Ära der Kohleverstromung.

Kein zusätzlicher bürokratischer Aufwand für Unternehmen

Wie beurteilt die Industriellenvereinigung die Pläne der Kommission? Der Finanzierungsbedarf verdeutlicht die enormen finanziellen Anstrengungen, mit denen das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 verbunden ist. Genau hinterfragt werden müssen zudem die sehr hohen Hebeleffekte der Fonds.

Die neu ins Spiel gebrachte Taxonomie hat das Potenzial, zusätzliches Kapital für ökologisch nachhaltige Aktivitäten leichter verfügbar zu machen. Für die IV ist allerdings entscheidend, dass dafür nötige neue Reporting-Verpflichtungen oder Kennzeichnungen in gesundem Verhältnis zum bürokratischen Aufwand stehen. Entsprechend muss die Realwirtschaft besser in den Gesetzgebungsprozess miteinbezogen werden. Insgesamt fordert die Industrie eine deutliche Erhöhung der europäischen und nationalen Forschungsgelder. Denn nur wenn Europas Innovations-, Entwicklungs- und Forschungspotenziale richtig genutzt werden, können Technologien entwickelt werden, die es braucht, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen.

WEBTIPP

Eine ausführliche Hintergrundanalyse lesen Sie unter: iv.at/iv-positionen/Jänner20

KAPSCH: ERFOLGREICHE INDUSTRIE GEHT HAND IN HAND MIT ERFOLGREICHEM KLIMASCHUTZ

In der ORF-„Pressestunde“ im Jänner verwies IV-Präsident Georg Kapsch auf den Beitrag der Unternehmen, was CO₂-Reduktion betrifft. „Etwaige kommende Maßnahmen müssen das berücksichtigen und dürfen daher jedenfalls nicht zu einer Mehrfachbelastung der heimischen Unternehmen führen“, so Kapsch, der hervorhob, dass Mehrfachbelastungen und verminderte Wettbewerbsfähigkeit ein Abwandern der Betriebe in Länder mit geringeren Umweltstandards bewirken würden. Zudem kritisierte er die Steuer- und Abgabenbelastung, die nach wie vor zu hoch sei. Laut Studien liegt sie im Unternehmensbereich bei rund 51 Prozent und damit an 5.-höchster Stelle in Europa: „Wir bewirken mit der KöSt-Senkung eine spürbare Entlastung, eine Stärkung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen, ein besseres Investitionsverhalten im Inland, ziehen Unternehmensinvestitionen aus dem Ausland an und die Beschäftigten profitieren in Form höherer Löhne und Gehälter.“ Insgesamt betonte Kapsch die „grundsätzlich positive Haltung der Industrie zum türkis-grünen Regierungsprogramm“. Allerdings fehle ein wenig die Vision, was große Reformthemen wie Verwaltung, Föderalismus, Gesundheit, Bildung oder Pensionen betrifft.



IV-AKTUELLES

Neues IV-Büro Brüssel eröffnet

Ganz im Zeichen des vereinten Europa stand die Eröffnung des neuen IV-Büros in Brüssel im Jänner. Schon seit 1988 vertritt die Industriellenvereinigung hier die Interessen der österreichischen Industrie und der mit ihr verbundenen Sektoren auf europäischer Ebene.

IV-Generalsekretär Christoph Neumayer unterstrich dabei die Bedeutung einer europäischen Industriestrategie, während der Vizepräsident des Europäischen

Parlaments, Othmar Karas, die positiven wirtschaftlichen Effekte der österreichischen EU-Mitgliedschaft hervorhob.

Unter den zahlreichen Gästen befanden sich unter anderem Finanzminister Gernot Blümel, Botschafterin Elisabeth Kornfeind, ÖVP-Delegationsleiterin im EU-Parlament Angelika Winzig, EU-Abgeordnete Roman Haider und Lukas Mandl, BusinessEurope-Generaldirektor Markus Beyrer sowie Eurochambres-Präsident Christoph Leitl.



IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Susanne Stissen, Robert Albrecht, Stefan Tilsner, Lektorat: Brigitte Mayr, Heidi Abentung, Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberger.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): gettyimages, Andi Bruckner, Dietmar Mathis/IV-Vorarlberg, Land Salzburg/Neumayer-Leopold, IV-Tirol/Frischauf, Marija Kanizaj, Kärntenphoto, RCI 2019

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Das neue Netzwerk für junge „High Potentials“ geht in zweite Runde

Das attraktive IV-Programm „Young Leaders Circle“ setzt sich zum Ziel, junge Führungskräfte zu entwickeln.

Mit ihrem Trainee-Programm zählt die IV in Sachen Personalentwicklung zu den Pionieren in Österreich. 1988 ins Leben gerufen, gehört es nach wie vor zu den attraktivsten Ausbildungsprogrammen des Landes. „Gerade von jungen, aufstrebenden Führungskräften wird heute sehr früh sehr viel erwartet und gefordert. Mit Eigenverantwortung und -initiative sowie vielen neuen Ideen sollen sie bestmöglich zum Unternehmenserfolg beitragen“, betont IV-Personalchef Andreas Prenner.

Hochwertiges Netzwerk

Neben außergewöhnlichen fachlichen und sozialen Fähigkeiten gewinnt ein hochwertiges Netzwerk für junge Führungskräfte zunehmend an Bedeutung. Dem trägt die IV mit einer Initiative Rechnung, die 2019 ihre Premiere hatte: 26 Teilnehmer absolvierten die drei Module des neuen IV-Lehrgangs „Young Leaders Circle“. Dieser bietet jungen Menschen an der Schnittstelle zwischen Industrie, Politik, Public Management

und Wirtschaft eine außergewöhnliche Plattform für den Austausch über diese unterschiedlichen Arbeitswelten.

Austausch mit Top-Unternehmern und Wissenschaftlern

Die Absolventen lernten beispielsweise zum Thema „Leadership und Wirtschaftlichkeit

über die Zahlen hinaus“ von Persönlichkeiten aus der Industrie, wie unter anderem Berndorf-CEO Franz Viehböck, Porr-Generaldirektor Karl-Heinz Strauss oder Flughafen-Chef Günther Ofner. Ebenfalls auf dem vielseitigen Programm stand der Austausch mit Top-Experten aus der Wissenschaft, unter anderem mit Verhaltensökonom

Gerhard Fehr, Politikberater Thomas Hofer oder der Psychologin Nicole Kronberger. Als wissenschaftliche Leiter fungierten Genetiker Markus Hengstschläger sowie Personal- und Organisationsentwickler Helmut Unger.

Projekt-Initiator Prenner: „Längst ist die Verfügbarkeit von sogenannten ‚High Potentials‘ zu einer Frage der Standortqualität geworden. Unternehmen wie auch Organisationen sind massiv gefordert, die Führungskräfte von morgen mitzuentwickeln. Die Initiative ‚Young Leaders Circle‘ hat hier in Österreich eine Vorreiterrolle übernommen.“ Das IV-Programm wird 2020 in die zweite Runde gehen und für neue Zielgruppen geöffnet.



IV-Personalchef Andreas Prenner beim „Young Leader Circle“ an der alten Donau: „Die Verfügbarkeit von sogenannten ‚High Potentials‘ ist zu einer Frage der Standortqualität geworden.“

WEBTIPP

Informationen über „Young Leaders Circle“ finden Sie unter: <https://tylc.at/>

Mangelberufsliste 2020 erweitert

Trotz Verbesserungen bleibt die weitere Entbürokratisierung der Rot-Weiß-Rot-Karte eine zentrale Forderung der Industrie.

Mehr als zwei Drittel (69 Prozent) der heimischen mittelständischen Unternehmen bewerten das fehlende Angebot an qualifizierten Bewerbern als größtes Risiko für die Entwicklung des eigenen Unternehmens. Das geht aus einer aktuellen Umfrage des Beratungsunternehmens EY hervor.

Der Fachkräftemangel bleibt Top-Thema für die Industrie. Umso wichtiger ist, dass in der Mangelberufsliste für 2020 zentrale Empfehlungen der Industriellenvereinigung aufgenommen wurden. Vom Dreher über den Maschinenschlosser bis zum Elektromechaniker – die Anzahl der Berufe ist mit bundesweit 56 so lange wie nie zuvor. 2019 waren es noch 45. Hintergrund: Die Fachkräfte-Verordnung legt fest, in welchen Berufen ein Bedarf am Arbeitsmarkt besteht, sodass für diese eine Rot-Weiß-Rot-Karte beantragt werden kann.

Neben der Erweiterung der Liste ist auch ihre Regionalisierung richtig: In 7 Bundesländern gibt es heuer zusätzliche regionale Mangelberufe (bis zu 26). Damit hat die Politik im vergangenen Jahr eine Forderung der Industrie umgesetzt, wodurch nun große regionale Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt berücksichtigt werden. Ebenfalls erweitert wurde die Liste für die sogenannte „Zulassung von besonders Hochqualifizierten für das Jahr 2020“. Diese enthält nun 9 Berufe – unter anderem Diplomingenieure in Stark- und

Schwachstromtechnik, Maschinenbau oder Datenverarbeitung. Im vergangenen Jahr hat die vorherige Regierung das Punktesystem bei der Rot-Weiß-Rot-Karte für sogenannte „sonstige Schlüsselkräfte“ sowie „besonders Hochqualifizierte“ angepasst. Trotz dieser Verbesserungen fordert die Industrie, dass die Weiterentwicklung und Entbürokratisierung der Rot-Weiß-Rot-Karte auf der politischen Agenda bleiben muss.

Unternehmen weiter entlastet

Bei den Lohnnebenkosten bringt 2020 eine wichtige Entlastung: Mit Jahresbeginn wurde der Beitrag zum Insolvenz-Entgelt-Fonds um 0,15 Prozentpunkte gesenkt. Dafür hatte sich die IV intensiv eingesetzt. Das reduziert die Lohnnebenkosten-Last für Unternehmen um 170 Mio. Euro pro Jahr. Insgesamt wird die Industrie 2020 aufgrund der Senkungen im Bereich der Lohnnebenkosten in den vergangenen Jahren um mehr als 500 Mio. Euro entlastet. Angesichts der nach wie vor zu hohen Belastung des Faktors Arbeit setzt sich die Industrie weiterhin für Senkungen bei den Lohnnebenkosten ein. Potenziale, die etwa bei der Unfallversicherung vorhanden sind, sollen laut Regierungsprogramm geprüft werden.

INFO

Weitere Informationen zum Thema unter www.iv.at

IV-KONJUNKTURBAROMETER

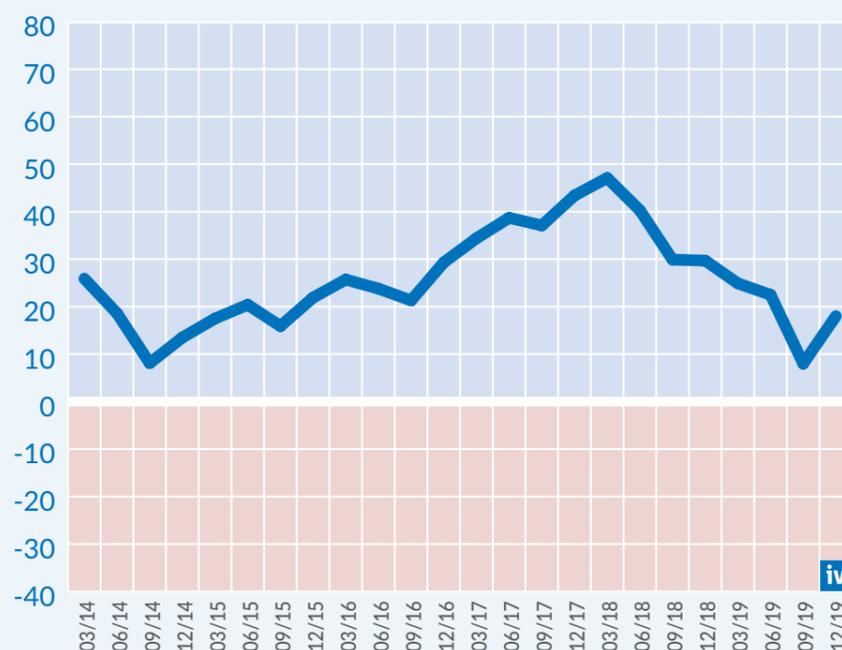
ABWÄRTSTREND WIRD SCHWÄCHER

Die Industrie erwartet keine weitere Verschlechterung der konjunkturellen Lage, aber auch keine durchgreifende Trendwende oder gar einen Aufschwung. Das geht aus den aktuellen Ergebnissen des IV-Konjunkturbarometers aus dem 4. Quartal 2019 hervor. Wie von der IV bereits im Vorjahr prognostiziert, gilt es, sich auf eine längere Phase unterdurchschnittlicher wirtschaftlicher Dynamik einzustellen.

Nach wie vor rechnen die IV-Ökonomen nicht mit einer Rezession in Österreich in diesem Jahr. Nachsatz: Sofern nicht neue Negativschocks wie eine Pandemie auftreten, Zölle gegen europäische Automobilexporte durch die USA verhängt werden oder der Brexit prozedural missraten würde.

Die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage verharrt nahezu unverändert auf dem Wert des Vorquartals. Insgesamt legt das IV-Konjunkturbarometer von einem niedrigeren Niveau aus um exakt 10 Punkte auf 18 Punkte zu. (Dieses wird als Mittelwert aus den Beurteilungen der gegenwärtigen Geschäftslage und der Geschäftslage in sechs Monaten bestimmt.) Der Saldo der Geschäftserwartungen der Unternehmen auf Sicht der nächsten sechs Monate steigt von -20 Punkten auf nunmehr +1 Punkt. Mit einem weiteren Verlust an konjunkturellem Momentum ist daher nicht mehr zu rechnen. An der jüngsten Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung beteiligten sich 387 Unternehmen mit rund 275.000 Beschäftigten.

KONJUNKTURBAROMETER



Klimaschutz mit der Industrie

„Die Bundesregierung setzt auf Klimaschutz durch Innovation und Technologie – und damit auf Klimaschutz mit der Industrie“, bilanziert IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Das ist für die Zukunft des Standorts wichtig, denn: Unrealistische Zielsetzungen oder zusätzliche Belastungen, welche die Wettbewerbsfähigkeit unserer international erfolgreichen Unternehmen gefährden, schaden Klima und Wohlstand. Österreichs Industrie ist beim Klimaschutz international klar vorne, wie viele Beispiele verdeutlichen: In Österreich konnten alleine die CO₂-Emissionen der Zementproduktion bis 2018 auf rund 520 kg CO₂/Tonne Zement reduziert werden. Zum Vergleich: Der weltweite Durchschnitt liegt bei rund 640 kg CO₂/Tonne Zement.

Handlungsfähigkeit für Europa und WTO

Dass sich die Bundesregierung für eine positive Weiterentwicklung und mehr Handlungsfähigkeit der Europäischen Union einsetzt, ist ebenso im Sinn der Industriellenvereinigung wie eine strategische Ausrichtung der EU-Handelspolitik sowie Reformen für eine handlungsfähige Welt-handelsorganisation. „Internationaler Handel ist eine Quelle des Wohlstands, die faire Gestaltung braucht“, so IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Bessere Infrastruktur für das ganze Land

Beim geplanten Infrastrukturausbau begrüßt die Industriellenvereinigung den massiven Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel in und um Ballungsräume sowie im ländlichen Raum. Auch der forcierte Einsatz alternativer Antriebe im öffentlichen Verkehr ist ein wichtiger Beitrag für klimafreundliche Mobilität. Besonders bedeutsam ist für die Industrie das Bekenntnis der Regierungspartner zum flächendeckenden technologieneutralen Breitband-Ausbau – dies entspricht einer konkreten IV-Forderung.

Regierungsprogramm im Industrie-Check

Im neuen Arbeitsprogramm der Bundesregierung hat die Industriellenvereinigung viele Anliegen verankern können. Jetzt kommt es auf die Umsetzung und die richtigen Prioritäten für 2020 an.

IV-Präsident Georg Kapsch erwartet von der Arbeit der türkis-grünen Bundesregierung „eine Kombination aus starker Standortpolitik und gesellschafts- sowie bildungspolitischer Offenheit“. Und das aus guten Gründen: Die Detailanalyse des Programms der neuen Bundesregierung durch die Industriellenvereinigung zeigt, dass wesentliche Anliegen der Industrie im Regierungsprogramm verankert werden konnten. Kapsch: „Dass es klare Ambitionen hinsichtlich der Fortsetzung des eingeschlagenen Weges der Entlastung von Menschen und Unternehmen gibt, ist sehr positiv.“ Der IV-Präsident begrüßt auch die

Festschreibung eines Nulldefizits als Budgetziel: „Stabile, wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen und erfolgreiche Unternehmen mit ihren Beschäftigten sind die unverzichtbare Basis für unsere hohe Lebensqualität, den allgemeinen Wohlstand, soziale Sicherheit und gelebten Klimaschutz in unserem Land.“ Auch standortpolitische Zukunftsthemen wie Innovation, Forschung und Entwicklung sowie ein starker Kapitalmarkt samt KEST-Befreiung für Kursgewinne nach einer Behaltefrist sind im Programm verankert. Nachfolgend die wichtigsten Ergebnisse des Industrie-Checks des neuen Regierungsprogramms auf einen Blick.

Offensive für Fachkräfte

Der Fachkräftemangel ist für viele Unternehmen ein Thema. Die Regierung plant mit einer Fachkräfteoffensive, unter anderem die Anzahl der Ausbildungsplätze im technisch-naturwissenschaftlichen MINT-Bereich zu erhöhen. Besonders positiv sind für die Industrie auch die Aufwertung der beruflichen Bildung – rund 70 Prozent der Industriebetriebe bilden ihre Fachkräfte selbst aus – sowie die Weiterentwicklung von Zugangsregelungen an Universitäten und die Stärkung des Fachhochschul-Sektors.

Bildungsempfehlungen der IV berücksichtigt

Im Bildungsbereich werden mit der Stärkung der Elementarbildung, der Einführung der Mittleren Reife, der Bildungspflicht und der Reform der 9. Schulstufe langjährige Empfehlungen der Industriellenvereinigung umgesetzt. „Auch wenn hier noch weitere Schritte wünschenswert wären, gehen die geplanten Maßnahmen doch eindeutig in die richtige Richtung“, bilanziert IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Die Daten sprechen jedenfalls klar für weitere Reformen: Jeder in die Qualität früher Bildung investierte Euro kommt volkswirtschaftlich gesehen mindestens achtfach zurück. Umgekehrt: Jeder nicht investierte Euro kostet hingegen 8 Euro in der Zukunft.

Entlastung wird fortgesetzt

Wie von der Industriellenvereinigung gefordert, setzt die türkis-grüne Regierung den bisherigen Entlastungskurs fort. Wesentliche Eckpfeiler dafür sind die angekündigte Senkung in den ersten drei Einkommensteuertarifestufen ab 2021 sowie die Reduktion der Körperschaftsteuer auf 21 Prozent. Der derzeitige KöSt-Satz in Österreich ist der siebenthöchste in der EU. Bei einer Senkung der KöSt um einen Prozentpunkt steigen die Investitionen um 0,8 Prozent. Eine KöSt-Reduktion um einen Euro bewirkt eine Erhöhung der Lohnsumme um 0,5 bis 0,75 Euro. Zudem sollen weitere Potenziale zur Senkung der Lohnnebenkosten geprüft und gehoben werden. Das ist auch dringend notwendig: Österreichs Lohnnebenkosten lagen 2018 mit 26,8 Prozent deutlich höher als in Deutschland mit 22,2 Prozent (EU 23,7%, Euroraum 25,6%). Positiv ist auch die geplante Steuerbegünstigung für die Mitarbeitergewinnbeteiligung. Insgesamt benötigt das Land aber nach wie vor eine echte Steuerstrukturreform.

Qualifizierte Zuwanderung gesichert

Äußerst relevant für die Industrie ist, dass auch die IV-Kernforderung nach einer Strategie für qualifizierte Zuwanderung im Regierungsprogramm enthalten ist. Darüber hinaus werden weitere wichtige IV-Empfehlungen, wie beispielsweise schnellere Asylverfahren und eine Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte, im Regierungsprogramm berücksichtigt. „Im harten internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe und Hände brauchen wir eine Strategie, um zu hochqualifizierten Fachkräften zu kommen“, unterstreicht IV-Präsident Kapsch. Die demografische Entwicklung macht die Dringlichkeit deutlich: 2050 werden auf 100 Menschen im Erwerbspersonalter rund 47 Personen kommen, die 65 Jahre oder älter sind.

„Im harten internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe und Hände brauchen wir eine Strategie, um zu hochqualifizierten Fachkräften zu kommen.“

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

Weniger Bürokratie senkt Kosten

Auch in Regulierungs- und Bürokratiefragen setzt die Regierung die Anliegen der Industrie um – und daher weiter auf Entlastung. Der Abbau von Bürokratie und Gold Plating sowie die Verfahrensbeschleunigung und die Reform des Kumulationsprinzips erleichtern Unternehmen den Alltag und sparen Kosten.

„Zu messen wird die Bundesregierung natürlich daran sein, wie zügig sie die notwendigen Maßnahmen umsetzt.“

Georg Kapsch,
IV-Präsident

Kritische Punkte

Trotz der vielen positiven Vorhaben im Regierungsprogramm meldet die Industriellenvereinigung auch bei einigen Punkten konkrete Kritik an: Neben mehr Potenzial im Bildungsbereich sieht sie das Ziel einer Klimaneutralität Österreichs bis 2040 aus heutiger Sicht für nicht sinnvoll bzw. realistisch darstellbar. IV-Präsident Georg Kapsch: „Die Ablehnung des Mercosur-Abkommens ist ebenfalls kritisch zu beurteilen. Der angefügte Zusatz ‚in dieser Form‘ lässt möglicherweise jedoch auf eine gewisse Flexibilität im politischen Prozess schließen.“ Insgesamt, zeigt der IV-Check, adressiert die neue Regierung strukturelle Reformthemen wie die Finanzierung des Pensionsystems, Föderalismus, Gesundheit, Verwaltung sowie Generationengerechtigkeit nur ungenügend. „Hier ist ein größerer Detaillierungsgrad ebenso notwendig wie ganz grundsätzlich mutigere Schritte für das ‚System Österreich‘“, so Kapsch. Die würden sich in jeder Hinsicht auszahlen und Spielraum für Zukunftsinvestitionen schaffen: Alleine wenn sich in Österreich alle Bundesländer bei den größten Ausgabenbereichen – wie etwa Verwaltung, stationäre Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung und Wohnbauförderung – am jeweils effizientesten Bundesland orientieren würden, könnte der Gesamtstaat rund 1,6 Prozent des BIP an Kosten einsparen – bei gleicher Leistung für die Bürger. Außerdem muss es in einem größeren Kontext auch darum gehen, wie Eigenverantwortung wieder gestärkt, Armut beseitigt, Populismus und Polarisierung vermieden werden können. Auch für diese zentralen Herausforderungen wird die Industriellenvereinigung Lösungen erarbeiten und sich für konkrete Verbesserungen einsetzen. „Wir haben auch die Chance, ein neues Gesellschaftsbild zu entwickeln. Denn auch Gesellschaftspolitik ist Standortpolitik“, so Kapsch.

Impulse für gesellschaftspolitische Innovationen

Ebenfalls positiv: Nicht nur technologische, sondern auch soziale Innovationen werden von der neuen Regierung adressiert und unterstützt. Dies reicht von Anreizen zur privaten Finanzierung von Social Enterprises über die steuerliche Begünstigung gemeinnütziger Aktivitäten von Stiftungen bis hin zur Förderung von Gemeinnützigkeit und ehrenamtlichem Engagement.

Aus dem Hidden Champion wird ein Visible Champion

Mit der modernen Markenstrategie „Österreich verbindet Welten“ soll Österreichs Position als attraktives Ziel für Fachkräfte, Investitionen und internationale Unternehmen ausgebaut werden.

Mehr als 160 Hidden Champions sind in Österreich tätig. So werden innovative Unternehmen bezeichnet, die in ihrer Branche Top 3 auf dem Weltmarkt oder Nummer 1 in Europa sind. Umgerechnet auf die Bevölkerung ist Rot-Weiß-Rot sogar Weltmeister in Sachen Weltmarktführer.

Österreich ist ein modernes Industrieland – doch internationale Umfragen zeigen, dass es bei der weltweiten Wahrnehmung noch Verbesserungspotenzial gibt. So liegt die Alpenrepublik etwa in der „Best Country Studie 2018“ des U.S. News & World Report lediglich auf Rang 17 – deutlich hinter vergleichbaren Ländern wie der Schweiz, Schweden oder den Niederlanden.

Die neu entwickelte Marke „Österreich verbindet Welten“ und ihr Trägerverein sollen das ändern. Beim Neujahrsauftaktfrühstück



„Österreich verbindet Welten“-Vorstand (v.l.n.r.): Wolfgang Hesoun (Siemens), Gerlinde Layr-Gizycki (LGT Bank), Initiatorin und Vereins-Präsidentin Gabriela Spiegelfeld, Vereins-Vizepräsident Stefan Fida (B&C Gruppe) und Vereins-Geschäftsführer Rudolf Semrad

im Haus der Industrie erklärte Initiatorin und Vereins-Präsidentin Gabriela Spiegelfeld Unternehmensvertretern und Journalisten das Ziel: „Mit einer modernen Markenstory machen wir gemeinsam mit Unternehmen die Einzigartigkeit unseres Arbeits- und Wirtschaftsstandortes sowie sein weltweites Ansehen international sichtbar.“ Auf innovative wie kommunikative Weise soll die Marke künftig einen Beitrag dazu leisten, aus Österreichs „Hidden Champions“ und all den großartigen Unternehmen und ihren Beschäftigten „Visible Champions“ zu machen.

Von Unternehmen für die Wirtschaft

Dabei handelt es sich um ein Projekt von österreichischen Unternehmen für die

österreichische Wirtschaft. Vor allem die B&C Gruppe sowie weitere Unternehmen und Organisationen, wie die Industriellenvereinigung, unterstützen diese Initiative

von Anbeginn. Der Trägerverein zählt bereits rund 100 Mitgliedsbetriebe und soll weiter wachsen.

Eine klare, authentische und relevante Markenstory soll Österreich von anderen Ländern differenzieren. „Gemeinsam mit Unternehmen haben wir wichtige Schlüsselattribute für eine Wirtschaftsmarke, wie visionär, innovativ oder kreativ, im vergangenen Jahr entwickelt und werden diese weiter stärken“, erklärte Vereins-Geschäftsführer und Marken-Profi Rudolf Semrad. Bisher würden dem Land eher Eigenschaften wie traditionell und charmant zugeschrieben. Als wichtige Arbeitsschwerpunkte 2020 nannte er unter anderem die Sichtbarkeit der Marke zu erhöhen und die Markennutzung durch teilnehmende Unternehmen zu fördern, etwa indem die kommunikative Nutzbarkeit der gemeinsamen Marke geschärft wird.

Dass Österreichs Wirtschaft längst in der globalisierten Welt angekommen ist, zeigt etwa die hohe Exportquote, die bei den „Hidden Champions“ zwischen 80 und 95 Prozent beträgt.

AUF EINEN BLICK

Der Verein „Österreich verbindet Welten“ wurde im Herbst 2019 gegründet. Als branchenübergreifendes Netzwerk aus österreichischen Unternehmen, Institutionen und Personen des Wirtschaftslebens soll er die Bekanntheit und das Ansehen des Wirtschaftsstandortes Österreich im In- und Ausland fördern. Der erste Grundstein dazu wurde schon 2017 mit dem Startschuss für einen umfassenden Markenprozess gelegt. Gezielte Marketingmaßnahmen im In- und Ausland, der Austausch von Wissen und die Nutzung von Synergien sollen die Anziehungskraft Österreichs in wirtschaftlicher Hinsicht, insbesondere für Investoren, Arbeitskräfte und Ansiedlungen, erhalten, stärken und fördern. Weitere Informationen unter: office@oe-verbundet.at



Unterstützt die Initiative, mit der das weltweite Ansehen Österreichs international sichtbar gemacht werden soll: ÖBB-Chef Andreas Matthä.

Industriestandort benötigt dringend Fachkräfte

Wie die neuen Bundesminister die Industrie und den Standort einschätzen und welche Projekte sie in diesem Jahr umsetzen möchten – das fragen die iv-positionen in dieser und den nächsten Ausgaben. Diesmal an der Reihe: Christine Aschbacher, die für Arbeit, Familie und Jugend zuständig ist.

Welche Bedeutung hat die Industrie für Österreich im Jahr 2020?

Die Betriebe des industriellen Sektors sind zurecht stolz darauf, dass sie direkt und indirekt für mehr als jeden zweiten Job in Österreich verantwortlich sind. Als Arbeits- und Familienministerin freut es mich außerdem, dass viele Industrieunternehmen bereits eine besondere Vorbildrolle bei der Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben einnehmen.

Was braucht der Standort am dringendsten – welche Projekte möchten Sie in den nächsten Monaten umsetzen?

Der österreichische Industrie- und Beschäftigungsstandort benötigt immer noch dringend Fachkräfte. Einen Teil dieses Bedarfs können wir nur mit kontrollierter, qualifizierter Zuwanderung decken, wozu wir als Bundesregierung eine Gesamtstrategie aufsetzen werden. Hier ist mein Ressort besonders gefordert, umgehend Schritte einzuleiten. Weitere Projekte betreffen die Entbürokratisierung sowie neue Arbeitswelten und -formen.



ZUR PERSON

Christine Aschbacher

war Unternehmerin und Arbeitnehmerin, dabei unter anderem in Kabinetten verschiedener Bundesminister tätig. Die gebürtige Steirerin ist verheiratet und Mutter von drei Kindern.

Welche Rolle spielt die Industriellenvereinigung bei der Gestaltung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für Sie?

Zur Umsetzung des Regierungsprogramms baue ich auf die Unterstützung und Expertise der Stakeholder. Die Industriellenvereinigung ist als Interessenvertretung der großen österreichischen Arbeitgeber ein zentraler Partner in der Umsetzung von praxisfreundlichen arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen und einer wirksamen Arbeitsmarktpolitik. Die IV spielt auch für viele Arbeitnehmer eine zentrale Rolle beim Thema Vereinbarkeit.

Was war Ihre Motivation, in die Politik zu gehen?

Als ich gefragt wurde, war das eine große Überraschung. Ich habe mich sehr gefreut und gleich ja gesagt. Für Politik habe ich mich schon immer interessiert. Durch die politische Tätigkeit meines Vaters war Politik bei uns zu Hause immer ein Thema. Jetzt freue ich mich sehr darauf, für mehr als 4,3 Millionen arbeitende Österreicherinnen und Österreicher, 2,4 Millionen Familien und 1,5 Millionen Jugendliche im Land zu arbeiten, ihnen das Leben einfacher zu machen und sie bestmöglich zu unterstützen, wo es notwendig ist.

DIE REGIERUNG IM FOKUS



Orientierungshilfe für junge Studierende mit MINToring

Die Wahl des richtigen Studiums ist eine schwerwiegende Entscheidung, die vielen jungen Menschen Kopfzerbrechen bereitet. Die JI-OÖ will aktiv helfen.

In Österreich scheitern viele (Bildungs-)Karrieren an der Wahl der richtigen Ausbildung. Die Chancen, welche vor allem der MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) sowie die Industrie bieten können sind vielen nicht einmal bekannt. Die Junge Industrie Oberösterreich hat daher Ende 2019 einen Fordeungskatalog zur Hochschulpolitik vorgelegt. Allerdings will man in der Jungen Industrie nicht nur fordern, sondern auch tun. Daher wurde nun die Initiative MINToring gestartet.

Persönliches Coaching

Mitglieder der JI-OÖ möchten im Rahmen dieser Initiative aktiv zur Verbesserung der Beratung bei der Studienwahl beitragen und laden Interessierte in ihr Unternehmen zu einem persönlichen Coaching ein. Mitarbeiter und Experten der JI-Mitgliedsunternehmen begleiten das Coaching und geben in diesem

exklusiven Rahmen wertvolle Inputs, die bei der Entscheidungsfindung für das richtige (MINT)-Studium hilfreich sein können.



JI-OÖ-Vorstandsmitglied Elisa Schatzdorfer (Schatzdorfer Gerätebau GmbH & Co) unterstützt angehende Studierende mit der MINToring-Initiative.

Information aus der Praxis

Interessierte können sich vor Ort in den Betrieben ein Bild machen, sich mit Mitarbeitern unterschiedlicher Bereiche austauschen und persönlichen Rat vom JI-Coach einholen, um die richtige Studienwahl zu treffen. Nach Studienantritt ist ein Folgecoaching vorgesehen, wenn erwünscht.

Die Bewerbung zum Coaching ist mit einem einminütigen Video, einfach direkt über das eigene Smartphone, auf der MINToring-Homepage möglich.

INFORMATION

Alle Infos zu diesem Projekt sowie über die Aktivitäten der JI-Coaches finden Sie unter: coaches.mint-ist-zukunft.at bzw. auf der facebook-Präsenz der Jungen Industrie.



Neues Farbenspiel

2020 startet mit einer neuen Regierungs-Variante. Was vielversprechend klingt, wird an den Taten zu messen sein.

Generell gesagt: Volkspartei und Grünen scheint ein recht ausgewogenes Regierungsprogramm gelungen zu sein. Auch scheint das jeweilige Bekenntnis zur konstruktiven Zusammenarbeit ernst gemeint. Wer weiß, vielleicht erleben wir ja wieder einmal eine Bundesregierung, die es durch die volle Regierungsperiode schafft. Aber natürlich wird sich auch diese Regierung an ihren Taten messen lassen müssen. Aktuell jedoch scheint ein Wille zum Gestalten spürbar, das lässt hoffen. Regierungsprogramme sind immer mit Vorsicht zu genießen. Man kann die Marschrichtung fixieren – aber selten alle Details.

Die Richtung klingt gut: Steuersenkungen für alle und eine realistische Umwelt- und Klimapolitik, ambitioniert, aber nicht gegen, sondern mit der Wirtschaft als Partner. Viele hatten hier stärker ideologisch geprägte Vorschläge erwartet. Ein anderes Beispiel hat Anfang des Jahres gezeigt, dass man abwarten muss, was wirklich getan wird. Würde man das Kapitel „Pensionen“ nur nach dem Regierungsprogramm bewerten, das Urteil wäre eher mau. Viele Überschriften wie „Maßnahmen, um das faktische an das gesetzliche Antrittsalter heranzuführen“ hat man schon zu oft gehört.

Dass dann aber sowohl seitens des Bundeskanzlers als auch des Vizekanzlers signalisiert wurde, man könne sich eine Änderung oder eben gar Rücknahme der im Herbst 2019 wieder eingeführten „Hacklerregelung“ vorstellen: sehr erfreulich! Und in Österreich durchaus mutig. Auch hier müssen Taten folgen. Aber als Signal top!

Last but not least könnte diese in Österreich bisher nie dagewesene Regierungskoalition in einem wichtigen Bereich eine positiv gestaltende Rolle spielen: Europa hat sich zu lange nur mit dem Brexit beschäftigt. Großbritannien ist Teil Europas, der EU-Austritt ist ein Schritt zurück, keine Frage. Aber zumindest ist nun endlich eine Entscheidung da, es können die nächsten Schritte gesetzt werden.

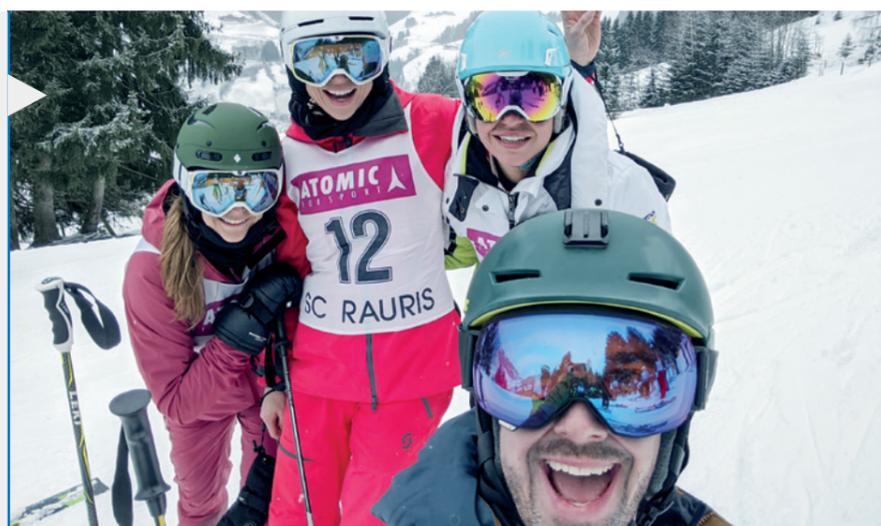
Jetzt sollte die EU sich wieder vermehrt der Zukunft zuwenden – eine klar proeuropäische Bundesregierung könnte sich hier gestaltend einbringen. Auch dazu gab es entsprechende Signale. Man wird sehen, was wirklich gelingt!

Herzlichst Euer

Andi Wimmer,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

VORARLBERG TRIUMPHIERT IN RAURIS

Das JI-Skiwochenende fand heuer in Rauris in Salzburg statt. Nach einer Betriebsbesichtigung bei Liebherr in Bischofshofen ging es auf die Ski- und Rodelpiste. Beim traditionellen JI-Skirennen hatte heuer die JI-Vorarlberg die Nase vorn und holte sich den Wanderpokal. Skibegeisterte können sich also auf einen Besuch im Ländle 2021 freuen. Großer Dank gebührt der JI-Salzburg für die Organisation sowie den zahlreichen Sponsoren. Einen kurzen Bericht mit einer Auswahl an Fotos findet ihr auf unserer Homepage: www.jungeindustrie.at



Industrie-Summit: regional und erfolgreich

Unter dem Titel „regional – gemeinsam – erfolgreich“ lud die Plattform Industrie 4.0 zusammen mit Business Upper Austria und ITG – Innovationsservice für Salzburg ins OÖ Kulturquartier Linz ein. Der Fokus des „Summit Industrie 4.0“ lag auf den Chancen von Digitalisierung, Big Data und KI. Diese wurden durch konkrete Best Practice-Beispiele unterstrichen; dies-jähriges Partnerland war Digitalisierungs-Frontrunner Schweden. Alle Informationen finden Sie unter: tinyurl.com/syktqas



V.l.n.r.: Günter Rübiger (Sparte Industrie WK OÖ), Johann Kalliauer (AK OÖ), Markus Achleitner (Wirtschafts-Landesrat OÖ), Lisbeth Mosnik (BMVIT), Walter Haas (ITG – Innovationsservice für Salzburg) und Kurt Hofstädter (Vorstandsvorsitzender Plattform Industrie 4.0 Österreich) bei der Pressekonferenz in Linz

Angstfrei in die digitale Transformation

Der Titel einer Neujahrsveranstaltung der Industriellenvereinigung in Kooperation mit dem Zukunft. Frauen-Alumnae Club und dem All EYES on Women Network lautete „disruptive Geschäftsmodelle und ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft“. Dabei betonte Keynote-Speaker und Business Angel Michael Altrichter in seiner Keynote: „Es wird keine einzige Branche verschwinden, aber jeder einzelne Job wird sich ändern und jeder einzelne Mitarbeiter wird sich anpassen müssen. Das Erfolgsrezept zum Überleben:

ausprobieren, anpassen, Fehler machen und auch zulassen – also Trial und Error.“

Das Podium bestehend aus Albin Hahn (CFO Manner AG), Martin Unger (Leitung Contrast EY-Parthenon), Claudia Witzemann (Witzemann Consulting) und Nina Wöss (Female Founders) bestätigte diese These und bekräftigte, dass es nur dann möglich sei, angstfrei in die digitale Transformation zu gehen, wenn man bereit ist, sich zu informieren, zu lernen, und versucht, neue Dinge zu verstehen.



V.l.n.r.: Michael Altrichter, Albin Hahn, Claudia Witzemann, Nina Wöss, Martin Unger

IV-INFOS



Mitglieder des Vienna Economic Council und des Strategie-Teams

Wien 2030: Wirtschaft und Innovation

Ende Jänner präsentierte die Stadt Wien im Rahmen der 5. Wiener Innovationskonferenz ihre neue Wirtschafts- und Innovationsstrategie. Die IV-Wien ist aktiver Partner des Strategie- und Umsetzungsprozesses.

In Fokus der neuen Strategie mit dem Titel „Wien 2030: Wirtschaft und Innovation“ stehen sechs „Spitzenthemen“: Smarte Lösungen für den städtischen Lebensraum, Gesundheitsmetropole, Smarte Produktion, Digitalisierung, Internationalisierung sowie Kultur- und Kreativmetropole.

Diese Schwerpunkte wurden von der Stadt gemeinsam mit dem neu geschaffenen Vienna Economic Council entworfen, in dem ausgewählte Führungskräfte aus dem städtischen Umfeld und der Verwaltung genauso vertreten sind wie die Spitzen der

Sozialpartner, CEOs von Wiener Leitbetrieben, Uni-Rektoren oder Repräsentanten führender Forschungseinrichtungen. Die IV-Wien wird in dem Gremium durch Präsident Christian C. Pochtler vertreten.

Sechs Schwerpunktbereiche

Nachdem das Strategiepapier bei der Innovationskonferenz präsentiert wurde, soll es nun an die Umsetzung gehen. Zu diesem Zweck wurden für jeden der sechs Schwerpunktbereiche Themenverantwortliche nominiert, die gemeinsam mit den jeweiligen Stakeholder-Communities neue

Leitprojekte in ihrem Feld erarbeiten werden. IV-Wien-Geschäftsführer Johannes Höhrhan betreut als Themenverantwortlicher den Schwerpunkt „Smarte Produktion in der Großstadt“.

Hierbei wird es vor allem darum gehen, in Kooperation von Industrie, Gewerbe, Wissenschaft und Verwaltung Projekte und Initiativen anzustoßen bzw. zu stärken, um Wien zu einem exzellenten Standort für modernste Produktionstechnologien zu machen und dadurch Arbeitsplätze zu schaffen, Wohlstand zu mehren und zu

einer konsequenten Ökologisierung von Produkten und Prozessen beizutragen.

Weder dieses noch die anderen Spitzenthemen stehen aber für sich alleine. Alle Schwerpunkte der Strategie sind naturgemäß eng verwoben und sollen in einem fortlaufenden Abstimmungsprozess regelmäßig diskutiert und evaluiert werden. Erklärtes Ziel dieser „Strategie aus einem Guss“ ist es, Wien bis 2030 durch konkrete, nachhaltige Maßnahmen zu einer Vorzeigestadt für Wirtschaft und Innovation zu machen.



Wirtschaftsstadtrat Peter Hanke bei der Eröffnung der 5. Wiener Innovationskonferenz



IV-Wien-Geschäftsführer Johannes Höhrhan präsentierte als Themenverantwortlicher das Spitzenthema „Smarte Produktion in der Großstadt“.

Wien soll Digitalisierungs-Hotspot werden

Ende Jänner präsentierte IV-Wien-Präsident Christian C. Pochtler gemeinsam mit der Stadt Wien und allen Wiener Sozialpartnern nächste Schritte im Rahmen des „Wiener Digitalisierungspakts“.

Für Präsident Pochtler wurde mit dem erneuerten Digitalisierungspakt eine hervorragende Basis dafür gelegt, Wien zum Digitalisierungs-Hotspot zu machen. „Jetzt müssen alle ihre Hausaufgaben erledigen, um auch im internationalen Wettbewerb vorne mitspielen zu können. Denn Wirtschaft ohne Digitalisierung funktio-

niert nicht mehr, und der Wiener Standort ohne leistungsstarke digitale Infrastruktur und Qualifikationen kann sich nicht erfolgreich weiterentwickeln“, so der IV-Wien-Präsident. Insbesondere bei der Infrastruktur mahnte er, dass es noch immer Aufholbedarf gebe. Hier müsse Wien zu den Besten aufschließen und daher den Breitbandausbau, sowohl leitungs-

gebunden als auch via 5G-Mobilfunktechnologie vorantreiben.

Gleichzeitig konnten schon einige Erfolge der Kooperation geschildert werden. „Eine umfassende digitale Qualifikationsoffensive zur Abdeckung des Fachkräftebedarfs auf betrieblicher und auch überbetrieblicher Ebene ist das Herzstück des Digi-Paktes. Dies bedarf einer Kraftanstrengung der Betriebe, der Ausbildungseinrichtungen und vor allem der Menschen, um frühzeitig auf die zukünftigen Qualifikationsanforderungen hinzuwirken“, führte der Präsident aus. Im Pakt wurde daher festgehalten, dass 200 Lehrstellen in digitalen Lehrberufen bis Ende 2022 geschaffen werden sollen. Mit der Heranführung an die Digitalisierung werde man außerdem noch früher beginnen: Die gerade erfolgreich als Lehrmittel pilotierten Digi-Boxen des Wiener Bildungsservers sollen bis 2022 flächendeckend für Wiener Kindergärten und Volksschulen zur Verfügung gestellt werden. Parallel dazu sollen Lehrer in begleitenden Workshops nach dem Vorbild des Projekts „Leonardo & Galilea“ der IV-Wien, gemeinsam mit der WKW, der Bildungsdirektion und der Firma Festo, für den Digitalisierungsunterricht vorbereitet werden.

„Wir müssen auf allen Ebenen Mut und Optimismus im Umgang mit der Digitalisierung fördern – das stärkt das Unternehmertum, schafft neue Arbeitsplätze und bringt den Menschen vor allem die Vorteile komplexer Technologien näher. Dadurch werden sie sichtbarer, greifbarer und akzeptierter“, so der Präsident weiter, denn „wenn wir gemeinsam alle angedachten Maßnahmen weiterentwickeln und umsetzen, hat Wien das Potenzial, tatsächlich Digitalisierungs-Hotspot zu werden“.



Für die beste aller Welten

Positive Aussichten, wenn beide nun gemeinsam regierenden Parteien ihre Kernthemen weiterentwickeln und umsetzen.

Das Neue Jahr hat uns nicht nur eine neue Regierung gebracht, sondern auch ein Regierungsprogramm, das sich um Verbesserungen für Standort, Klima und Bürger gleichermaßen einsetzt.

Ich hätte mir natürlich gewünscht, dass sich die neue Regierung auch über größere und strukturelle Reformprojekte traut, wie etwa eine Bildungs- oder Pensionsreform. Trotzdem bin ich der Meinung, dass die Wirtschaft einige positive Entwicklungen durch dieses Programm erwarten kann. Eine langjährige Forderung der Industrie, und daher erfreulich, ist die Ankündigung längst überfälliger steuerlicher Entlastungen. So sollen die drei ersten Stufen der Lohn- und Einkommensteuer sinken, in einem ersten Schritt ab 2021 die unterste Stufe von 25 auf 20 Prozent. Reduzieren will die Regierung auch die Körperschaftsteuer auf Unternehmensgewinne von 25 auf 21 Prozent; wann, ist jedoch noch offen. Aufgrund der konjunkturellen Situation wäre eine rasche Umsetzung aber dringend erforderlich. Ich werde zudem nicht müde zu betonen, dass auch die kalte Progression ehestmöglich abgeschafft werden sollte.

Positiv ist weiters die angekündigte Job-offensive für Asylberechtigte sowie geplante Infrastrukturmaßnahmen, die nun mit dem 5G-Ausbau bereits im Jänner ihren Anfang genommen haben. Gerade auch mit Blick auf Wien sollte der notwendige Ausbau der digitalen Infrastruktur im absoluten Fokus sein.

Es ist sehr erfreulich, dass sich Ökologie und Ökonomie in diesem Regierungsprogramm verschränken. Innovation und Forschung werden einen großen Beitrag zu einem erfolgreichen Entwicklungsprozess leisten. Dieser Prozess bedarf nicht nur Visionen, sondern auch Augenmaß und Realismus. Und dazu gehört auch, dass „grüne Technologien“ immer auf Geschäftsmodellen beruhen müssen, die auch wirtschaftlich nachhaltig betrieben werden können. Wenn die Regierung wirklich das Beste aus beiden Welten vereinen und umsetzen kann, wird sie eine Vorzeigerregierung für ganz Europa werden. Entscheidend ist nämlich, das Beste aus beiden Welten (Ökologie und Ökonomie) für diese unsere einzige Welt umzusetzen. Die Wiener Industrie setzt alles daran, dass dies gelingt!

Ihr

Christian C. Pochtler
Präsident der IV-Wien



V.l.n.r.: Norbert Walter (LK Wien), Korinna Schumann (ÖGB), Walter Ruck (WK Wien), Bürgermeister Michael Ludwig, Renate Anderl (AK Wien), Christian C. Pochtler (IV-Wien)



Qualitätssiegel „TOP-Lehrbetrieb“ 2020 verliehen

Ende vergangenen Jahres vergaben Stadt Wien und Sozialpartner zum sechsten Mal das Qualitätssiegel als Auszeichnung für Betriebe, die vorbildliche Standards in der Lehrausbildung setzen.

Wirtschaftsstadtrat Peter Hanke, AK-Präsidentin Renate Anderl, IV-Wien-Geschäftsführer Johannes Höhrhan, WKW-Spartenobfrau Maria Smodics-Neumann sowie ÖGB-Vizepräsidentin Korinna Schumann verliehen gemeinsam das Qualitätssiegel im Rahmen einer festlichen Gala im Wiener Rathaus.

Über 200 „TOP-Lehrbetriebe“

Seit dem Jahr 2014 werden Wiener „TOP-Lehrbetriebe“ von einer Fachjury aus Sozialpartnern ermittelt. Das Siegel ist vier Jahre lang gültig. Diesmal bekamen insgesamt 61 Unternehmen die Auszeichnung zuerkannt, darunter auch zahlreiche IV-Mitgliedsbetriebe. Damit dürfen sich aktuell 201 Betriebe in Wien „TOP-Lehrbetrieb“ nennen. Wirtschaftsstadtrat Peter Hanke

freute sich in seiner Festansprache über das hohe Engagement der Wiener Wirtschaft in der Lehrlingsausbildung und betonte, dass dies angesichts rasanter Veränderungen in Wirtschaft und Arbeit der richtige Weg für die Zukunft sei. So seien heute etwa in jedem Beruf auch digitale Kompetenzen gefragt und die Nachfrage nach IT-Fachkräften boome. Eine qualitativ hochwertige Lehrausbildung, die diese Entwicklungen mitberücksichtigt, ermögliche jungen Menschen Jobperspektiven und sichere Unternehmen jene Fachkräfte, die sie für nachhaltigen Erfolg und Innovationsfähigkeit brauchen.

IV-Wien-Geschäftsführer Johannes Höhrhan betonte den hohen Bedarf der österreichischen Industrie an Fachkräften – und zwar über alle Ausbildungs- und Qualifikationsschienen hinweg. Menschen mit technischen Kenntnissen und Ausbildungen seien

besonders gefragt. In diesem Zusammenhang spiele die Lehre eine entscheidende Rolle. Denn Lehrlinge werden in den Betrieben passgenau nach den internen Anforderungen ausgebildet und tragen so maßgeblich zum Erfolg ihrer Unternehmen bei. Das Wiener Qualitätssiegel „TOP-Lehrbetrieb“ leiste dabei einen wesentlichen Beitrag, indem es einerseits Bewerberinnen und Bewerber eine Orientierungshilfe biete und andererseits Betriebe ansporne, sich weiter für die Lehre zu engagieren.

AK-Präsidentin Renate Anderl unterstrich ebenso, dass das Qualitätssiegel „einen wichtigen Beitrag dafür leistet, dass junge Menschen sich für Lehrausbildungen entscheiden“. Maria Smodics-Neumann, Obfrau der Sparte Gewerbe und Handwerk in der Wirtschaftskammer Wien, bezeichnete das Gütesiegel als „einen wichtigen

Motivationsfaktor für die Lehrbetriebe und die Lehrlinge“. Und ÖGB-Vizepräsidentin Korinna Schumann hob hervor, dass „eine gute Ausbildung für junge Menschen den Grundstein für einen erfolgreichen Lebensweg legt“.

Strenge Kriterien für Vergabe

Die Vergabe des Qualitätssiegels erfolgt in einem zweistufigen Verfahren durch eine Jury. Wesentliche Bewertungskriterien sind unter anderem ein hochwertiger Ausbildungsplatz bzw. eine entsprechende Ausbildungsdokumentation laut Berufsbild, Antritts- und Erfolgsquote von Lehrlingen bei der Lehrabschlussprüfung sowie besondere Ausbildungsinitiativen wie fachliche Weiterbildung, Persönlichkeitsbildung, Vorbereitung auf die Lehrabschlussprüfung, Auslandspraktika, Frauen in nichttraditionellen Berufen oder Lehre mit Matura.

„Wiener Zukunftsschulen“ starten ins neue Jahr

Das gemeinsame Bildungsprojekt von IV-Wien und Bildungsdirektion Wien fördert auch im Jahr 2020 weiterhin Wirtschaftswissen und MINT-Kompetenzen an zehn Wiener Schwerpunktschulen.

Im Projekt „Wiener Zukunftsschulen“ setzt die IV-Wien gemeinsam mit der Bildungsdirektion Wien konkrete Maßnahmen, um an zehn Wiener Mittelschulen und Polytechnischen Schulen Wirtschaft und Schule näher zusammenzuführen. Ziel ist es dabei einerseits, volkswirtschaftliches sowie unternehmerisches Denken noch umfassender im Unterricht zu vermitteln, und andererseits MINT-Skills (Mathematik,

Informatik, Naturwissenschaften, Technik) weiter zu stärken. Seit 2013 finden zu diesem Zweck regelmäßig Lehrerseminare, Exkursionen zu Betrieben sowie Messebesuche zur Berufsorientierung statt.

So konnten etwa Schüler der „Wiener Zukunftsschulen“ im Dezember letzten Jahres wieder an der „Branchenpräsentation Industrie“ der Sparte Industrie der Wirt-

schaftskammer Wien in der Siemens City teilnehmen. Im März werden Wiener Lehrer und Lehrerinnen – nicht nur der „Zukunftsschulen“ – als wichtige Multiplikatoren in einem exklusiven Seminar von IV-Chefökonom Christian Helmenstein mehr über wirtschaftliche Zusammenhänge und deren Bedeutung für den Alltag der Schüler erfahren. Darüber hinaus unterstützt die IV-Wien auch weiterhin verschiedene eigene

Initiativen der Schulen (z.B. Sprachprüfungen, technische Ausstattung im Klassenzimmer, u.v.m.).

wiener zukunftsschule
stadtschulrat für wien | industriellenvereinigung wien